„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Sott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASSN, LTD., a joint stock company, at its office and plant at Regina, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Die Minderheiten- und Sprachenfrage

In den letzten Tagen fand in Regina eine Schulvorsteherversammlung statt, über die zum anderer Stelle berichten. Außerordentlich bemerkenswert war die ungemein zahlreiche Beteiligung und nicht minder die rege Anteilnahme an den Verhandlungen. Kein Wunder, daß auch die englisch-canadische Presse ausführlich über die Tagung berichtete, daß auch die amtlichen Stellen der Versammlung ihre besondere Aufmerksamkeit schenkten.

Diese Schulvorsteherversammlung, auf der die Deutschen und Franzosen besonders stark vertreten waren, wozu noch kleinere Gruppen von Engländern, Ukrainern, Ungarn und Polen kamen, hat namentlich den Beweis erbracht, daß die Bewegung der Minderheiten nicht zum Stillstand gekommen, sondern sogar in einer sehr lebendigen Entwicklung begriffen ist. Es scheint ferner eine Annäherung zwischen den einzelnen nationalen Volksteilen sich anbahnen zu wollen, um durch gemeinsame Aktion das zu erreichen, was durch getrenntes Marschieren und Operieren niemals erreicht werden könnte. Wie gar nicht anders zu erwarten, bekundeten die Französisch-Canadier eine ganz außergewöhnliche Aktivität. Das entspricht nicht nur ihrer stark ausgeprägten nationalen Eigenart, sondern ist auch aus der geschichtlichen und konstitutionellen Basis zu erklären, auf der die Sonderrechte der französisch-sprechenden Bürger hierzulande beruhen. Sie haben einen historischen Hintergrund, haben einen festen Rückhalt an ihrer Heimatprovinz Quebec und sind zudem unermüdliche und unerschrockene Verfechter ihrer Religion und Muttersprache. Man muß es gehört haben, mit welcher Begeisterung sie auf der Tagung in Regina ihre französischen Lieder sangen, mit welcher Selbstverständlichkeit sie ihre Muttersprache in den Vordergrund rückten. Uns nüchternen und ruhigen Deutschen mag das manchmal fast übertrieben vorkommen, aber es entspricht dem französischen temperamentvollen Volkscharakter, der in der Sprachenfrage sich nur widerwillig irgendwelchen Kompromissen beugt.

Wer auf der Schulvorstehertagung in Regina in aller Ruhe seine Beobachtungen anstellte und daraus bestimmte Schlüsse zu ziehen suchte, mußte zu der Erkenntnis gelangen, daß die hier im Flusse befindliche Bewegung nicht mehr aufzuhalten und zurückzudämmen ist. Die Minderheiten sind erwacht und fordern ihre Rechte auf dem so eminent wichtigen Gebiete der Schule. An ihrer ernsten und eisernen Entschlossenheit ist nicht mehr zu zweifeln. Wer wird ihnen die gewünschten Rechte einräumen? Wer wird insbesondere in der Sprachenfrage, die uns hier in erster Linie interessiert, im rechten Geiste der Freiheit, Duldsamkeit und Gerechtigkeit auch den Minderheiten entgegenkommen? Wir sind uns klar darüber, daß ohne eine gründliche Schulgesetzreform daran nicht zu denken ist. Doch diese Reform wird kommen müssen, wenn die Erbitterung beseitigt, die Zufriedenheit wiederhergestellt und der Gerechtigkeit zum Siege verholfen werden soll.

Wir deutschsprechenden Canadier, die wir in Saskatchewan allein über 100,000 zählen und folglich die stärkste Bevölkerungsgruppe nach den Englischsprechenden darstellen, sollten uns rechtzeitig auf die neue Entwicklung einstellen, damit wir nicht den Anschluß verpassen und nicht zu kurz kommen, wenn einmal die Sprachenfrage in den Schulen zur Entscheidung gelangt. Die Deutschsprechenden und Deutschstämmigen haben sich um den wirtschaftlichen Aufbau und die kulturelle Entwicklung Canadas so eminent hohe Verdienste erworben, daß sie Anspruch auf absolut gleichmäßige Berücksichtigung haben. Wird z. B. die Neuregelung des französischen Unterrichts erwogen, **dann sollte es eine selbstverständliche Forderung der Gerechtigkeit sein, daß der deutschen Sprache die nämliche Stellung im Lehrplan der Volksschulen in überwiegend deutschen Schulbezirken eingeräumt wird.** Wir vertreten mit echt deutscher Weitherzigkeit nicht einen engbegrenzten nationalistischen Standpunkt, sondern einfach das Menschheitsrecht der Minderheiten, ganz gleich welcher Sprache oder Kultur sie sind. Wir schließen uns der Auffassung Dr. J. M. Ulrichs an, die er auf der Schulvorsteherversammlung in Regina aussprach, daß die Zivilisation mit dem Schutze der Minderheiten steht und fällt. Wir können uns aber keinen vernünftigen Grund denken, warum in einer canadischen Provinz (außerhalb Quebecs) eine Gruppe eine Vorzugsstellung gegenüber den anderen Minderheiten Canadas genießen soll. Natürlich wird es von unserer Klugheit und unserem geschlossenen Vorgehen abhängen, ob die Deutschsprechenden ihre gerechten Forderungen dabei durchsetzen werden oder nicht.

Ein canadischer Abgeordneter gegen die Kriegsschuldlüge

Im „Courier" vom 8. Juli konnten wir befriedigt feststellen, daß die gegen die Friedensverträge gerichtete Resolution des Deutschen Tages in Regina eine verhältnismäßig günstige Aufnahme gefunden hat. J. S. Woodsworth, der Parlamentsabgeordnete für Winnipeg North Centre, der ohne Zögern und Bedenken sofort seine volle Zustimmung zur Resolution des Deutschen Tages erklärte, hat in seiner politischen Wochenrundschau von Ottawa („The Western Producer", Saskatoon, 9. Juli) dazu in ganz bemerkenswerter Weise Stellung genommen. Er teilt mit, daß Canada bisher an Reparationszahlungen $26,362,350 von Deutschland erhalten hat und durch den Zahlungsaufschub nach dem Hooverplan etwa 4 Millionen Dollar einbüßt. Es sei höchste Zeit, meint Woodsworth, daß alle Länder der Welt der ganze Reparationsfrage einer gründlichen Beratung unterziehen. Dann fährt er wörtlich fort:

„Man sieht nun ein, daß der Versailler Vertrag von Grund auf ungerecht war, daß er sich auf die Idee von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands stützte — ein Märchen, das in Anbetracht unseres heutigen Wissens vom Ursprung des Krieges nicht mehr aufrecht erhalten werden kann."

Zum Schlusse seiner Betrachtung bemerkt Woodsworth im Hinblick auf das Hoover-Moratorium: „Wenn nur die Nationen sich dahin einigen könnten, dieses Moratorium auf unbegrenzte Zeit auszudehnen, so könnten die Schulden und Reparationen aus der Welt geschafft und die Möglichkeit eines neuen Aufstieges entstehen."

Solche Gedanken verdienen weiteste Verbreitung, weil sie mehr als alle politischen Phrasendrescherei der Aufklärung der Völker und damit der Völkerverständigung dienen.

Ehrung des toten Stresemann

Sonntag, 5. Juli, war in deutschen Landen dem Gedächtnis des verewigten Reichsministers Gustav Stresemann geweiht — Stresemanns, des „Retters des Rheinlandes". Und das ganze Land, dessen entlegenster Winkel der Kunde von der Weihe erhebender Feierstunden vermittelte, nahm an der Enthüllung des Stresemann-Denkmals teil, das sich hoch auf dem Ufer des Rheines erhebt.

Zur Feier waren die beiden Söhne und Vertreter des Völkerbundes, der deutschen Regierung, wie zahlloser politischer und anderer Organisationen erschienen. Sie alle lauschten den Ansprachen Eduard Dingeldeins, des Vorsitzenden der von Stresemann gegründeten Volkspartei, wie des Außenministers Julius Curtius, des intimen Freundes und Nachfolgers Stresemanns, der in dreifacher Eigenschaft sprach, einmal als Vertreter des Völkerbund Rates, dann als persönlicher Vertreter des Reichspräsidenten v. Hindenburg und schließlich als Angeordneter des Reichskabinetts.

Inschriften an den Seiten des Monumentalbaues lauten:

„Der Freiheit des Rheinlandes"

„Der Größe des deutschen Vaterlandes".

und

„Errichtet von einer dankbaren deutschen Nation zum Gedächtnis von Gustav Stresemann."

Zwei von Säulen eingerahmte Portale führen zu dem Brunnentor der Gedächtnishalle, in welcher die Büste des deutschen Staatsmannes steht. — ausgeführt in weißem Marmor, dem Österreich stiftete. Ein Fries in zwei den Bogen aller neuen deutschen Städte und Provinzen geschmückt, der derzeit unter trauendem Flaggenschmuck schmachtet. Unter dreigeteilten, die zum Stresemann-Denkmal hinaufführen, befanden sich Frankreich, Belgien, Marschall MacDonald, David Lloyd George, Aristide Briand, Edouard Herriot und Graf Georg von Bethlen von Ungarn.

Aristide Briand, Frankreichs Außenminister, hatte seinem toten Freunde einen großen, mit der französischen Trikolore geschmückten Kranz gewidmet, der seinen Platz am Sockel des Denkmals fand. Vom Reichspräsident von Hindenburg war ein anderes Herrliches, die deutschen Farben tragendes Blumenmeer eingetroffen.

Dingeldein warf in seiner Rede einen Rückblick auf Stresemanns Leben und die mit dem Namen des deutschen Staatsmannes verknüpften historischen Ereignisse, als deren wichtigstes er die Befreiung des Rheinlandes bezeichnete.

Und diese Befreiung habe, so führte Dingeldein aus, im Jahre 1923 begonnen, als der damalige Außenminister Stresemann zu einem Zeitpunkt, da Deutschland sich in einem Zustande tiefster Entmutigung befand, den listen Mut befaß, den hoffnungslosen passiven Ruhr-Widerstand abbrechen zu lassen. Alle unsere heutigen Anstrengungen wären nutzlos, hätte Deutschland nicht durch Stresemanns Bemühungen die Befreiung von seinen Fesseln erlangt", sagte Dingeldein.

Außenminister Curtius feierte seinen verewigten Amtsvorgänger als Staatsmann, als Außenminister und als politischen Weltführer. Stresemanns internationale Bedeutung könne nur von denen richtig gewertet werden, die ihm in Genf am Werke saßen, erklärte Curtius und fügte hinzu: „Irgendjemand, der nicht in Genf weilte, als Stresemann an der Spitze der deutschen Delegation stand, kann sich keinen Begriff davon machen, mit welcher Achtung, mit welcher Bewunderung, mit welcher Spannung man auf seine Worte lauschte, mit welcher Verwunderung man zahlreiche mit ihm persönlich befreundete Vertreter anderer Nationen auf Stresemann schauen!"

Der kluge Mann baut vor

Eine nette kleine Geschichte passierte unlängst im Ausland. Der Ort der Handlung sei schamhaftigkeitshalber verschwiegen.

Bei einem Flugmeeting vor hohen Herrschaften sollten drei Bombenflugzeuge aufsteigen und eine künstlich hergestellte kleine Stadt mit ihren todbringenden Bomben als schauerlich schönes Dichtungsgemälde bombardieren.

Verständlicherweise stieg jedoch an Stelle des Kampfgeschwaders ein solches von harmlosen Touristenflugzeugen auf und überflog zur vorgesehenen Stunde die Stätte des Bombardements.

Und siehe da! Man hatte die fröhliche Ueberraschung, im Augenblick der Ueberfliegung durch das Flugzeuggeschwader wie auf Kommando die ganze Attrappenstadt in der Luft fliegen zu sehen, ohne daß auch nur ein Stück Konfetti von oben abgeworfen worden war. . . .

Wie Erklärung? — Man hatte vorsichtshalber der „Stadt" mit Bomben unterminiert für den Fall, daß der Bombenflieger vorbeitreffen würden!

Weltumschau

Wer wird Reichspräsident werden? In ganz Deutschland beginnt man sich der bange Frage zu stellen: Wer wird Reichspräsident werden, wenn am 12. Mai nächsten Jahres der Amtstermin des greisen Feldmarschalls von Hindenburg zu Ende gegangen sein wird? Wo findet man einen Mann, der ihm an Charakterstärke, Integrität und Tüchtigkeit gleichkommt und die Achtung und das Vertrauen genießen würde, das Hindenburg genießt?

„Unser Hindenburg", wie ihn ganz Deutschland liebevoll nennt, ist eine Art Institution geworden. Er wird aber im Oktober 84 Jahre alt werden, und man sieht ein, daß man ihm endlich den wohlverdienten Ruheband gönnen muß, in dem er sich bereits befand und aus dem Kaiser Wilhelm ihn beim Ausbruch des Weltkrieges überredete.

Wie Hindenburg selbst darüber denkt, ist wenig bekannt. Er hat bereits häufig zu verstehen gegeben, daß er mit Freuden der Zeit entgegensieht, wenn er auf seinem Gut Neudeck im Ostpreußischen friedlich den Rest seiner Tage verleben werde. Seine Pflichttreue ist aber so groß, daß er weiß, daß die Last von neuem übernommen wird, falls im Rahmen des deutschen Vaterlandes an ihn der Ruf ergehen sollte, im Reichspräsidentenpalais zu verweilen, so sei denn, daß ihn seine rüstige Gesundheit im Stich lassen sollte, worauf gegenwärtig noch nicht das Geringste zu verspüren ist. Es ist eine Bewegung im Gange, Hindenburg darum zu ersuchen, daß er zeitlebens oder doch wenigstens noch einige Jahre Reichspräsident bleiben soll.

Die Nationalisten haben nicht viel Lust, Adolf Hitler als Kandidaten für den Reichspräsidentenposten aufzustellen, obwohl er ihren deutschen Staatsstürzer ist, und der Kommunisten stehen auf ihrem früheren Kandidaten Thälmann fest. Die Deutschen, welche der früheren Kronprinz Wilhelm beim Aufmarsch des Stahlhelms in Breslau erwirbt, hat zu Gerüchten Anlaß gegeben, daß dieser jetzt 52 Jahre zählende Hohenzollerprinz die beste Aussicht habe, Hindenburgs Nachfolger auf dem Posten des Reichspräsidenten zu werden. Es ist noch eine ganze Anzahl anderer Kandidaten im Felde. Der Nazis halten u. a. den bayerischen General Franz von Epp in Reserve.

Man vermutete allgemein, daß der frühere Reichskanzler Wilhelm Cuno, der mit Hindenburg eng befreundet ist, zum Kandidat werden würde, bis Cuno im vergangenen Sommer eine gründliche Form verlor. Der 70 Jahre jünger ist als er. Der deutsche Hoffnung und Bannerträger ihrer Mächte der Reichspräsidentenpalais dem früheren Chef der deutschen Heeresleitung, General Hans von Seeckt, gewinnen. Diese Anhänger hat auch der Präsident der Reichsbank, Dr. Hjalmar Schacht, der ebenfalls als Anwärter auf das Amt des Reichspräsidenten vielfach genannt.

Die Zentrumspartei, in dem Dr. Otto Geßler, einem anderen früheren Verteidigungsminister, angeregt, die Sozialdemokraten möchten den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun auf den Schild erheben. Aber die verschiedenen Köpfe Deutschlands erhoffen, daß dem Deutschen Reiche eine Präsidentschaft im nächsten Jahre erspart bleiben möge, weil der Wahlkampf erregungslos geführt werden und Deutschland in seinen Fundamenten erschüttern würde.

Lloyd George wird giftig. Ein überraschtes Unterhaus hörte, wie Lloyd George gegen seinen früheren Leutnant, Sir John Simon, Stellung nahm, der kürzlich seine offizielle Verbindung mit der liberalen Partei löste. Er erntete nach Schluß seiner Ausführungen enthusiastischen Beifall von der Arbeiterseite, doch kamen sonnige Bemerkungen von der konservativen Seite.

Bezüglich Sir Johns unerträglicher „Selbstgerechtigkeit" sagte Lloyd George: „Größere Männer haben in der Vergangenheit ihre Ansichten geändert, doch bemerkte sie in keinem Falle diese Art von Genossen, wenn sie von einer Seite zur anderen gingen." Indem er ihn beschuldigte, bei der konservativen Partei Vergünstigungen zu suchen, sagte er, daß die Konservativen seine Macht und seine Kenntnisse bis zum Äußersten ausnützen würden, dann aber „wenn er nicht mehr nützlich sei, ihn hinauswerfen oder behandeln würden, wie sie einen größeren Mann, Joseph Chamberlain, behandelt hätten."

Nachdem sich das britische Unterhaus von seinem Erstaunen erholt hatte, fuhr es mit den Beratungsgegenständen fort, die mit der Annahme der Finanzvorlage bei der dritten Lesung beendet werden. Diese Vorlage betrifft Philip Snowdens Vorschläge und umschließt die Landsteuervorschläge, über die Ursache des Bruches zwischen Sir John und dem Führer der Partei waren. Die Abstimmung war 271 gegen 249.

London, der größte Staat der Welt. London ist noch immer die größte Stadt der Welt und übertrifft die Einwohnerzahl der Stadt New York um mehr als eine Million. Metropolitan London mit seinen vier äußeren Bezirken, die dem Umfang von Groß-New York entsprechen, hat eine Einwohnerzahl von 8,202,816, wie aus der vorläufigen Zusammenstellung des Zensus vom 26. April hervorgeht.

Nach der letzten Volkszählung in den Ver. Staaten bezifferte sich die Bevölkerung von Groß-New York auf 6,981,917, bleibt also um 1,220,899 hinter London zurück. Vergleichsweise aber hat New York eine Bevölkerungszunahme von einer halben Million viel schneller gewonnen als London. In den vergangenen zehn Jahren hatte London eine Zunahme von 822,619 zu verzeichnen, während New Yorks Anwachsen in dem gleichen Zeitraum 1,361,869 erreichte.

Außerdem zeigt London County mit einem Flächenumfang von 117 Quadratmeilen im Umkreis von 5 Meilen von Charing Cross, das sich mit der eigentlichen Stadt New York vergleichen läßt, eine Bevölkerungsabnahme von 87,702, „zweimal mehr als in den vorausgegangenen zwei Zensusdekaden. Die diesjährige Bevölkerungsziffer von London County ist 4,396,821, gegen 4,484,523 vor zehn Jahren. Der Stadtteil, bekannt als „The City", der den Finanzdistrikt umfaßt, weist die größte Abnahme der Einwohnerzahl, nahezu 20 Prozent auf. Der „äußere Ring" der Stadt ergibt ein stetiges schnelles Wachstum mit insgesamt 3,803,993, gegen 2,995,678 nach dem Zensus vor zehn Jahren.

Die Bevölkerung von England und Wales wird in der vorläufigen Zusammenstellung der Ergebnisse des Landeszensus auf 39,947,931 berechnet. Diese Ziffer übersteigt den Zensus von 1921 um 2,061,232. Die weibliche Bevölkerung beträgt 20,808,087, die männliche 19,138,844. Ferner verzeichnet der Zensus einen Geburtenrückgang, der aber durch Abnahme der Sterbeziffer teilweise aufgewogen wird.

Für internationale Wirtschaftskonferenz. Eine sofortige internationale Konferenz von 40 bis 50 bedeutenden Wirtschaftlern und führenden Geschäftsleuten, die sich mit Ausarbeitung eines neuen Planes beschäftigen sollte, um Mißgriffe von Weltwirkung in dem bestehenden wirtschaftlichen Wirrwarr zu verhindern, wurde in London von Dr. Nicholas Murray Butler, dem Präsidenten der Universität Columbia, New York, vorgeschlagen. Eine solche Konferenz, erklärte Dr. Butler, könnte sich die durch den Moratoriumsvorschlag des Präsidenten Hoover entstandene psychologische Wirkung zu Nutze machen.

„Der Hoover-Plan ist gerade nur ein schmaler Keil," sagte er. „Wir machen seit zehn Jahren einen Krebsgang und es ist Zeit, daß wir uns von der Nachkriegspsychologie befreien und wieder vorwärts zu gehen beginnen. Die Welt hat sich weiter gedreht, während wir nach alten Systemen arbeiteten.

„Ich möchte wohl, daß sich eine internationale Konferenz von 20 oder 25 führenden Wirtschaftlern und 20 bis 25 Männern aus dem praktischen Leben, die in keiner Weise mit den Regierungen etwas zu tun haben, in irgend einem industriellen oder Finanz-Zentrum, wie etwa Amsterdam, Mailand, Manchester, Basel oder Köln zusammenfände. Sie sollten aber nicht in Amerika zusammenkommen. Ich möchte weiter, daß diese Männer eine Reihe von Vorschlägen zur besseren Organisierung der Welt machen und Anregungen geben würden, die für die wirtschaftliche Gesundung sofort zu verwirklichen sind. Wenn diese Leute sich schnell einigen könnten, würden ihre Befunde in diesem Augenblick einen gewaltigen Appell an die öffentliche Meinung bedeuten."

Trotzki wieder im Kampf gegen Stalin. Leon Trotzky, der aus Rußland Verbannte, erneuerte den Kampf gegen Joseph W. Stalin, indem er ihn aufforderte, von seiner „bürokratischen Diktatur" der Sowjet-Republik abzulassen. In einem Artikel, den er für den Krakauer „Täglichen Kurier" schrieb, erklärte Trotzky, daß kaum fünf Prozent der russischen Millionen von den sozialistischen Lehren beseelt seien oder diese Lehren zur Richtschnur für ihr Leben machten. Zu behaupten, daß das Volk in eine Epoche des Sozialismus eingetreten sei, heiße den Sozialismus lächerlich machen, sagte er.

Der Verbannte spottete über Befürchtungen, die außerhalb Rußland durch den Fünf-Jahr-Plan Stalins für die wirtschaftliche Entwicklung erweckt worden seien. Es ist lächerlich, sagte er, anzunehmen, daß die ganze Weltwirtschaft durch russische Preisdrückungsmanöver aus den Fugen geht; denn die Sowjet-Union trägt nur anderthalb Prozent zur Welt-Ausfuhr bei.

Trotzky warnte davor, daß die Entwicklung der russischen Industrie vor allen Dingen eine Zunahme der russischen Ausfuhr verlangte. Nur durch Hinaustreiben dieser Ausfuhr, sagte er, könnte Rußland „seine innere Wirtschaftskrise" abwenden.

Trotzky hat seit einiger Zeit an seiner Geschichte der russischen Revolution gearbeitet. Ein Brand zerstörte kürzlich Trotzkys Villa im Prinkipo auf den Prinzen-Inseln, die zur Türkei gehören, wobei er viele wertvolle Handschriften einbüßte.

Der Papst gegen den Faschismus. In einem in wuchtigen Worten abgefaßten Rundschreiben zeigt sich der Papst zum ersten Male seit dem mehrere Wochen zurückliegenden Ausbruch der Kontroverse zwischen dem Heiligen Stuhl und der italienischen Regierung in eingehender Weise als Verteidiger der aufgelösten „Katholischen Aktion". Der Papst weist aufs energischste jene Beschuldigungen der Faschisten, wonach die Katholische Aktion sich politisch betätigt haben sollte, als unwahr zurück, und, ohne die faschistische Partei mit Namen zu nennen, spricht die Enzyklika von „Unehrerbietigkeiten und Gewalttätigkeiten, die sich in Gegenwart und unter Beteiligung einer politischen Partei ereigneten."

„Es ist klar," heißt es in dem Schreiben, „daß alle diese Beschuldigungen (gegen die Katholische Aktion) nichts anderes als ein Vorwand waren . . . ja, wir wagen zu sagen, daß sogar die Katholische Aktion selbst ein Vorwand ist. Das was gewünscht und versucht wurde, lief darauf hinaus, von der Katholischen Aktion und damit gleichzeitig von der katholischen Kirche die jungen Leute, die ganze Jugend, loszureißen . . . Diese Bestätigung erfolgt ganz besonders ausführlich und ausdrücklich, ja, wir möchten fast sagen feierlich und heftig, durch Einen, der nicht nur alle repräsentiert, sondern der auch alles tun kann und der dies in amtlichen, an die Jugend gerichteten Veröffentlichungen bestätigt . . ." — Dieser letzte Passus wird als sich auf Mussolini beziehend ausgelegt.

„Wir können keine Dankbarkeit einem Menschen gegenüber empfinden," schreibt der Papst an einer anderen Stelle, „der, nachdem er die Existenz des Sozialismus und der antireligiösen Verbände vernichtete . . . eben dieselben in so allgemeiner Weise zugelassen hat . . . ja sie obendrein noch stärker und gefährlicher macht, da selbige nunmehr verborgen und außerdem durch ihre neuen Uniformen geschützt sind . . ."

Deutsche Kultur in Paris

Man hat das Deutschtum in der Welt totschlagen oder wenigstens totsagen wollen. Doch all die gewaltigen Anstrengungen, die diesem traurigen Ziele dienen sollten, haben sich als ein Fehlschlag auf der ganzen Linie erwiesen. Das Deutschtum ist allen Totschlagsmethoden zum Trotz nicht nur am Leben geblieben, sondern entfaltet seine geistigen Kräfte sogar noch reger und stärker als je zuvor. Das Wort „deutsche Kultur", das vor einigen Jahren noch von feindseligen Gemütern nur in spöttischem Tone ausgesprochen wurde, übt heute eine Zugkraft aus, der nicht einmal die früheren verbissensten Feinde auf die Dauer widerstehen können.

Vor einiger Zeit berichteten wir im „Courier" über die Gründung eines deutsch-englischen Klubs in London (England), dem einige der hervorragendsten Köpfe Großbritanniens angehören. Nunmehr kommt in der amerikanischen Zeitschrift „International Conciliation" die überraschende Mitteilung der Carnegie Friedensstiftung, daß an der Pariser Universität ein „Germanisches Institut" eröffnet worden ist. Dr. Nicholas Murray Butler, der Präsident der genannten Stiftung, bemerkt dazu:

„Mit beredten Worten brachten Raymond Poincare, der frühere Präsident der Republik, der in den Jahren 1911—13, 1922—24 und 1926—29 Premier-Minister war, sowie Professor Henry Lichtenberger von der Sorbonne, Mitglied des Mitteleuropa-Ausschusses der Carnegie-Stiftung, die herzliche Bereitwilligkeit des französischen Volkes zum Ausdruck, sich nicht nur mit der Literatur und Geschichte, sondern auch mit den politischen und wirtschaftlich-sozialen Problemen und Verhältnissen des deutschen Nachbarlandes vertraut zu machen, eingedenk der Gefahren, die es bedeutet, wenn zwei große Völker in gegenseitiger Unkenntnis voneinander leben oder, was noch schlimmer ist, wenn ein jedes dieser Völker falschen Vorstellungen über das andere huldigt."

Das neue Germanische Institut in Paris reiht sich einer ähnlichen Forschungsanstalt, die vor nicht langer Zeit im Rahmen der Straßburger Universität gegründet wurde, sowie der Errichtung eines Lehrstuhls für Förderung der Friedensbewegung durch die hohe Schule in Lyons an.

Professor Lichtenberger ging in seiner Ansprache gelegentlich des Festaktes in dem Pariser Institut auf dessen Einrichtungen und Ziele im einzelnen ein und verwies auf die Kollegien auf dem Gebiet der germanischen Sprachen und Literaturen, sowie der deutschen Kulturkunde, die von der neuen Anstalt geboten werden.

Deutschland in ernster Finanzkrise

(Fortsetzung von Seite 1)

Reichsbank, hat heute morgen seine Verhandlungen mit den französischen Beamten begonnen. Es ist ihm nach den genannten Mitteilungen darum zu tun, eine große Anleihe im Auslande aufzunehmen, mit deren Hilfe dem Abfluß des Kapitals aus Deutschland endlich Einhalt geboten werden soll.

Wie dem Vertreter der United Press mitgeteilt wurde, ist Dr. Luther mit der Absicht nach Paris gekommen, die Teilnahme Frankreichs an einem langfristigen Darlehen von mindestens der Höhe eines Jahres zu erreichen. Das Darlehen soll im ganzen etwa 8400,000,000 betragen.

Das französische Kabinett erörterte die mit solcher Serie Deutschland am besten Hilfe gewährt werden kann. Dabei gewann wiederum die Ansicht die Oberhand, daß, bevor Frankreich irgend etwas in dieser Hinsicht unternehmen könne, gewisse politische Gegenleistungen oder Garantien geboten werden müßten. Man denkt dabei vor allem an den deutsch-österreichischen Zollverein, dem Frankreich ja von vornherein widersetzt hat.

Unannehmbare französische und britische Forderungen

Berlin, 11. Juli. — Die von Reichsbankpräsident Dr. Luther in London und Paris geführten Verhandlungen ergaben die keineswegs überraschende Tatsache, daß Großbritannien und Frankreich an die Genehmigung eines langfristigen Kredits folgende politische Forderungen knüpfen:

1) Verzicht auf einen österreichisch-deutschen Wirtschaftszusammenschluß, die sogenannte Zollunion.

2) Einstellung des Baues von weiteren deutschen Panzerkreuzern (britische Forderung).

3) Verbot aller nationalen Kundgebungen in Deutschland, wie der Stahlhelm-Demonstrationen.

Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning erklärten diese französisch-britischen Bedingungen als unannehmbar und ließen verlauten, daß sie beide eher zurücktreten als sich dem Willen von Paris und London beugen würden.

Auf diese Rücktrittsdrohung reagierte sofort der britische Sekretär des Auswärtigen Arthur Henderson, der zu verstehen gab, daß er an seiner Forderung, die auf Einstellung des deutschen Flottenbaues abzielte, nicht unbedingt festhalte.

Die Bundesreservebank der Vereinigten Staaten erklärte, daß eine Teilnahme der Vereinigten Staaten an einem Diskontokredit für Deutschland von der Annahme strikter Maßnahmen zur Einhaltung der Flucht deutschen Kapitals nach außen abhängig gemacht worden ist. Dies würde nicht nur die Einführung noch schärferer Kreditbeschränkungen bedeuten, sondern auch vielleicht gesetzgeberische Maßnahmen in Form eines neuen Dekretes Hindenburgs, durch das die Ausfuhr deutschen Kapitals eingeschränkt wird.

Deutsche Großbank will schließen.

Berlin, 13. Juli.—Die Darmstädter und Nationalbank, eine der fünf größten deutschen Banken, mit deren Schicksal sich das Reichskabinett in seinen Sitzungen am Sonntag und Montag morgen befaßte, kündigte an, daß sie am Montag schließen werde. Das Reichskabinett vertagte seine Sitzung am Montag morgen um 3 Uhr 30.

Alle Börsen in Preußen sind durch eine Verordnung des preußischen Handelsministers für Montag und Dienstag geschlossen worden. Man nimmt an, daß die anderen Länderregierungen dem preußischen Beispiel folgen werden.

Die Darmstadter und Nationalbank ist durch den Zusammenbruch des Nordwolle-Konzerns in Bremen, einer der größten Wollverwertungsgesellschaften, in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Bank hat dabei etwa $12,500,000 verloren. Andere deutsche Großbanken versprachen der Darmstädter Bank zu Hilfe zu eilen.

Die Kapitalflucht aus Deutschland hat am Samstag die erschreckende Summe von 25 Millionen Dollar erreicht.

Amerik. Turner halten an deutscher Sprache fest.

Elkhart Lake, Wisc. — Ein Angriff auf die deutsche Sprache, die Sprache der Gründer des Amerikanischen Turnerbundes, die Tausenden von aktiven Turnern unserer Zeit noch immer als Muttersprache heilig ist, wurde auf der 33. Tagung des Amerikanischen Turnerbundes, die dieser Tage in Elkhart Lake, Wisconsin, abgehalten wurde, abgewiesen.

Dem Resolutionskomitee lag ein Antrag des Delegaten Otto Kallmeyer vor, als Verhandlungssprache des Bundes das Englische einzuführen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Auch ein weiterer Antrag desselben Turners, die in New Ulm, Minn., erscheinende Turnerzeitung in englischer Sprache zu drucken, hatte das gleiche Schicksal.